

# Mitglieder-Info

Oktober 2010

15.10.2010

## Themen in dieser Ausgabe:

- Rotstiftpolitik— Alternativen der Linken
- Schluss mit dem Ausverkauf in Altona!
- Frauenpolitik
- Themenschwerpunkt: Hartz 4
- Kürzungspläne im Jugendhilfebereich
- Rechtsextremismus
- Aus den Stadtteilgruppen / aus dem Vorstand
- Termine

## In dieser Ausgabe:

Leitartikel	2
Fotos von der Menschenkette am 30.09.2010	3
Schluss mit dem Ausverkauf in Altona!	4
Frauenpolitischer Zwischenruf	5
Aus den Stadtteilgruppen	6
Themenschwerpunkt: Hartz 4	7-8
Widerstand gegen Kürzungspläne im Jugendhilfebereich	9
Aus dem Vorstand, Rechtsextremismus	10
Termine...	11/12

## Statt Rotstiftpolitik: Dem Senat die rote Karte zeigen!

Von Bernhard Müller

Unter dem Motto »Gerecht geht anders« haben Gewerkschaften, Sozialverbände und weitere Organisationen am 30.9.2010 eine Menschenkette von der Elbphilharmonie zur Finanzbehörde am Gänsemarkt organisiert. 20.000 Menschen protestierten gegen Sozialabbau, die Umverteilung der Krisenlasten und weitere Privatisierungsvorhaben.

Dieser massive Protest gegen den sozialen Kahlschlag macht ebenso deutlich wie die Solidaritätsaktionen für das Altonaer Museum (das geschlossen werden soll) und das Deutsche Schauspielhaus (dem nahezu 1,2 Mio. Euro und damit 50% des Etats für die künstlerische Arbeit genommen werden sollen),

dass die Spararie des schwarz-grünen Senats bei vielen BürgerInnen auf Widerstand stößt.

zen. Dafür wurde der Haushalt nach dem Kriterium durchforschet, „Was ist wünschbar, aber nicht not-



Das Rotstiftpaket des schwarz-grünen Senats trifft die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (Arbeitsplatzabbau, Einkommenskürzungen), die sozial Benachteiligten (durch Leistungskürzungen) und die BürgerInnen der Stadt (durch Gebührenerhöhungen und die Verschlechterung von Dienstleistungen).

Der Senat behauptet, diese Maßnahmen seien unverzichtbar, um die Verschuldung Hamburgs (aktuell 27 Mrd. Euro) zu begren-

wendig?“. Herausgekommen sind über 300 Kürzungsprojekte.

Als „nicht notwendig“ gilt dem Senat eine für alle BürgerInnen bezahlbare und qualitativ hochwertige Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen. Deshalb werden

- Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen, den BeamtInnen das Weihnachtsgeld gekürzt und die Arbeit der Beschäftigten verdichtet;

- (direkt oder indirekt durch Kürzung von

Zuschüssen) viele Gebühren von der Passausstellung über die Bücherausleihe und die Mensa bis zu den Kindergärten erhöht;

- wichtige kulturelle Einrichtungen durch Schließung (Altonaer Museum) und Kürzung von Zuschüssen (Theater) zur Ader gelassen;

- die öffentlichen Unternehmen zu einer Abgabe von 50 Mio. Euro verdonnert, obwohl sie wegen der Wirtschaftskrise in großen Schwierigkeiten sind.

Wohin das Geld geht? Allein die Sanierung der maroden, durch Spekulation ins Abseits geratene HSH Nordbank hat bisher 3 Mrd. Euro gekostet.

„Nicht notwendig“ sind aus Sicht des Senats auch spezielle Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Armut in der Stadt. Deshalb werden u.a.

- die spärlichen Arbeitsmarktprogramme noch weiter gekürzt;

- die Programme zur Entwicklung der sozialen Brennpunkte zusammengestrichen.

„Nicht notwendig“ ist für den schwarz-gelben Senat schließlich der Erhalt und der Ausbau der Demokratie in Hamburg. Deshalb werden die Bezirke massiv unter Spardruck gesetzt. Überlegungen, sie ganz abzuschaffen, sind nicht vom Tisch.

Mit dieser Politik wird keines der drängenden Probleme gelöst, die Hamburg mit dem Großteil aller Kommunen teilt: Die fehlenden öffentlichen Finanzen zeigen sich in den Bereichen der frühkindlichen Erziehung (Kitas), den Schulen und den Universitäten.

Neben den unzureichenden Angeboten bei der Bildung gibt es Defizite in der gesamten öffentlichen Infrastruktur – Wohnen, Mobilität, Gesund-

heitsversorgung und Kultur. Die zu geringe Finanzausstattung von Museen, Bücherhallen, Theatern behebt man nicht durch Einführung einer Übernachtungssteuer oder Kulturtaxe.

Klar – es gibt Verschwendung seitens der Regierungskoalition. Sie haben über die Verhältnisse gelebt. Das Kernproblem aber ist: Dem privaten Reichtum der bürgerlichen Schichten steht der Bankrott des Staates gegenüber, dessen unverzichtbare Ausgaben die gesamten Einnahmen übersteigen; dazu kommen die Zinsen für einen großen Schuldenberg. Die Rotstiftspolitik ist schädlich für die Regionalökonomie. Sie schwächt die private, für den Aufschwung so nötige Nachfrage, verschärft die soziale Spaltung und hilft nicht im Entferntesten, aus der Finanznot von Kommunen, Ländern und Gemeinden herauszukommen. Deren Finanzen wurden durch die Steuerpolitik des Bundes und die Verlagerung von Aufgaben auf Länder und Gemeinden in den letzten 20 Jahren systematisch ausgehöhlt. Die Folge ist ein Verfall der städtischen Infrastruktur, u.a. sichtbar an den Straßen, Grünanlagen, Schulen und Sportstätten. Allein für die Sanierung der Schulen werden in Hamburg rund 4 Mrd. Euro, für die der Universitätsgebäude mindestens 2 Mrd. Euro benötigt.

DIE LINKE bleibt dabei: Ein qualitativ hochwertiges und für alle BürgerInnen zugängli-

ches öffentliches Dienstleistungsangebot und eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbar. Mit einer lächerlichen Bettensteuer oder Kostenbeteiligung bei Verkehrsunfällen ist für den Haushalt kein Blumentopf zu gewinnen. Ausreichende Finanzmittel für gute öffentliche Dienstleistungen, die auch eine Rückführung der Schulden ermöglichen, sind für Länder und Gemeinden nur zu erreichen durch:

- einen effektiveren Steuervollzug. Den hält der Senat offensichtlich für „nicht notwendig“, weil er – wie seit Jahren gefordert – statt 150 lediglich sechs neue SteuerfahnderInnen einstellen will. Daraus ergeben sich statt möglicher über 100 Mio. Euro lediglich 6,2 Mio. Euro absehbare Steuermehreinnahmen.

- den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen, mehr Unternehmen erfassenden Gemeindewirtschaftssteuer und die Umstellung der Grundsteuer auf die aktuellen Grundstückspreise;

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die die Stadtkasse um jährlich mindestens 1,5 Mrd. Euro aufbessern würde.

Hinzu kommen muss selbstverständlich auch eine Durchforschung (der Senat nennt das „Aufgabenkritik“) vor allem der öffentlichen Investitionen auf „Wünschbares und Notwendiges“. Aus Sicht der LINKEN gibt es hier viele Ausgaben und Projekte, auf die verzichtet werden kann, wie z.B.

- den Neubau der Stadtentwicklungsbehörde in Wilhelmsburg, der – schon nach heutiger (!) Kalkulation – fast 200 Mio. Euro verschlingen würde;

- den Umzug etlicher Behörden in überbewertete Büros in der HafenCity;

Fortsetzung auf Seite 4!

## Bilder von der Menschenkette in der Hamburger Innenstadt: 30.09.2010



Mehrere Tausend Teilnehmer von Gewerkschaften, Sozialverbänden und der Linken bildeten eine rund zwei Kilometer lange Menschenkette zwischen der Elbphilharmonie und der Finanzbehörde am Gänsemarkt.

Fortsetzung v. Seite 2:

- den Neubau der HafenCity-Universität, für die fast 70 Mio. Euro veranschlagt werden;
  - die 30 Mio. Euro teure unterirdische Schießanlage der Polizei;
  - das Polizeiorchester, an dem Bürgermeister Ahlhaus trotz 1,6 Mio. Euro Kosten „persönlich“ festhalten will;
  - die Betriebskosten der Elbphilharmonie, für die ab 2012 mindestens 20 Mio. Euro im Betriebshaushalt anfallen werden und für die jetzt schon einmal vorsorglich u.a. das Altonaer Museum geschlossen wird.
- Wenn wir einen anhaltenden

Kannibalismus unter den Kultureinrichtungen vermeiden wollen, müssen wir zur Verbesserung der städtischen Gesamteinnahmen kommen.

Die so gewonnenen Finanzmittel können für ein Programm gegen Armut und Arbeitslosigkeit und öffentliche Investitionen in Bildung, Kultur, Infrastruktur Umwelt und Wohnen genutzt werden, die für die Zukunft der BürgerInnen Hamburgs von überragender Bedeu-



tung sind.

Es gibt also sehr wohl Alternativen zur unsozialen Rotstiftpolitik des schwarz-grünen Senats!

Überall in der Stadt formiert sich dagegen der Widerstand. Die Menschenkette am 30.9.2010 unter dem Motto „Gerecht geht anders!“, an der sich die Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch DIE LINKE beteiligten, war nur der Auftakt. Nutzen wir die im Herbst anstehende Haushaltsdebatte, dem Senat die rote Karte zu zeigen – in den Betrieben, in den Stadtteilen und überall dort, wo Menschen sagen, diese Rechnung ist „ohne den Wirt“ gemacht!

## Schluss mit dem Ausverkauf Altonas!

Von Robert Jarowoy

Das Altonaer Museum ist im Verbund mit den 3 anderen historischen Hamburger Museen kein Museentempel für die große Geschichte und ihre Gestalter, sondern eine Stätte in der die Entwicklung des heutigen Hamburger Bezirks Altona/Ottensen von den Anfängen als Fischerdorf über die Hoch-Zeit der Industrialisierung in der stolzen und eigenständigen, von der dänischen Herrschaft geprägten Stadt Altona aus der Sicht des einfachen Volkes festgehalten und dokumentiert wird.

Diese Geschichte einer weltoffenen Atmosphäre, die Flüchtlingen und Kulturen aller Herren Länder über Jahrhunderte eine Zufluchtsstätte mit Entwicklungsmöglichkeiten bot, war nach dem 2. Weltkrieg und der Eingemeindung Altonas in Groß-Hamburg fast in Vergessenheit geraten. Durch das Altonaer Museum und das Stadtteilarchiv Ottensen in Verbindung mit den Erinnerungen vieler Altonaer und Ottenser BürgerInnen ist diese geschichtliche Identifikation der heutigen BewohnerInnen mit Altona/Ottensen stürmisch wieder aufgelebt. Die Menschen haben sich auf die Altonaer Traditionen bezogen und wollen sie erhalten und ihren Kindern weiterver-

mitteln.

Wichtigste Identifikationspunkte und Bestandteile eines Bewusstseins, dass die öffentlichen Flächen und Einrichtungen den BürgerInnen gehören, und nicht den Privatisierungs- und Spekulationsinteressen des Hamburger Senats und seiner Hintermänner zum Opfer fallen dürfen, waren und sind der Altonaer Bahnhof, das Bismarckbad, das Krankenhaus, die Kleingärten, der Grünzug, der Volkspark, das Altonaer Museum, die Fabrik.

Worum geht es nun konkret in diesem Fall bei der beschlossenen Schließung des Altonaer Museums zum 31.12.2010? Sparmaßnahmen? Das ist sachlich völliger Unsinn, denn die 3,5 Millionen, die 'eingespart' würden, gibt es nicht. Die 1 Million Euro Miete, die die Kulturbehörde dem Museum zur Verfügung stellt, kassiert sie als Eigentümerin des Gebäudes im gleichen Zuge direkt wieder ein. Das Personal kann nicht gekündigt werden sondern muss anderswo beschäftigt werden. Die Einlagerung der 650.000 Exponate 'irgendwo anders' wird die 'eingesparte' Summe bei weitem übersteigen.

Was also sind Zweck und Hinter-

grund dieser Maßnahme?

Die Finanzbehörde möchte das Grundstück samt Gebäude für 1,8 Mio. € verkaufen. Das entspricht einem Zehntel (!) des realistischen Grundstückswertes. Welchem Investor also soll dieses Gebäude zugestrichelt werden? Nun muss man das im Kontext der weiteren Entwicklung der Umgebung sehen. Die Gewerbeschule im denkmalgeschützten Gebäude hin zum Rathaus ist als Schule dort nicht mehr existent, sondern nur noch Nutzerin der Räumlichkeiten. Das immer wieder dementierte Gerücht, dass das ganze riesige Gebäude in ein Hotel mit Außengastronomie umgewidmet werden soll, erscheint mit den Verkaufsplänen für das Museum dann noch nicht ehr so abwegig. Die Flaniermeile mit Pariser Flair als Verbindung zwischen Ottensen und der 'Perlenkette' an der Elbe, hin zum Kreuzfahrtterminal für die Reichen, könnte durch den Verkauf der Gewerbeschule und des Museums geschaffen werden. Ob man das Altonaer Theater dann als Event-Stätte integriert oder darauf wartet, dass es pleite geht, um entsprechend 'umgenutzt' zu werden, ist dabei unerheblich.

## Frauenpolitischer Zwischenruf

von Hildegard Heinemann

„Diejenigen, deren Leben Hunger, Obdachlosigkeit, Armut, gesetzlicher und politischer Entrechtung und mangelnder Gesundheitsvorsorge ausgesetzt sind, bilden prekäre Bevölkerungen(...). Auch wenn wir sagen könnten, dass jedes Leben prekäres Leben ist, bleibt dennoch wahr, dass manches Leben in die Prekarität gestoßen wird, nicht als schützenswert, nicht als wertvoll angesehen wird, ja nicht einmal als betrauernswert, wenn es verloren wird. (...) Eine starke Bewegung muss Bündnisse suchen und aufrechterhalten und sich auf die Kritik von staatlichem Zwang und staatlicher Gewalt konzentrieren.“ Judith Butler, Berkeley, USA

„Ziel der LINKEN ist vielmehr eine grundsätzliche Neubewertung und –Verteilung aller Arbeiten. Individuen und Gesellschaft brauchen gleichermaßen Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, politische/ gesellschaftliche Arbeit und ein Leben in Kultur, Bildung, Fortbildung, Genuss“ (aus dem Beschluss des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus)

Eine gerechte Verteilung von reproduktiver und produktiver Arbeit zwischen den Geschlechtern ist unabdingbar. Jede Frau sollte die Möglichkeit bekommen, sich eigenständig ökonomisch absichern zu können, um sich nach den eigenen Vorstellungen eine qualifizierte Teilhabe zu sichern. Die massive Beeinträchtigung durch den „Reproduktionszwang“ muss dringlich verändert werden. Die gesellschaftliche Verantwortung für die Betreuung der Kinder muss endlich eingelöst werden, durch personell gut ausgestattete Kitas, die Kindern jeden Alters wohnortnah und kostenlos zur Verfügung stehen.

„Eine besondere Herausforderung besteht nun darin, den Blick auf die Verantwortlichkeit von Männern für Pflege und Fürsorge zu richten. Einerseits im Sinne einer Rekrutierung für verschiedene gesellschaftlich notwendige Pflegeberufe, andererseits durch die Beseitigung der Tradition, Arbeitsbelastungen nach Geschlecht zu verteilen. (...)“ Liv Mjelde, Oslo, Schweden.

„Auch die Gleichstellung von Migrantinnen muss zentraler Aspekt eines linken feministischen Projekts sein – die Legalen, die von einem Ehemann ökonomisch abhängigen, aber auch die vielen illegalisierten Frauen in der Hausarbeit, in der Pflege und in der Sexarbeit“ Birgit Sauer, Wien, Österreich

Die Möglichkeit des männlichen Erziehungsurlaubes sollte ausgeweitet werden, ohne die Möglichkeit des Mannes den eigenen Anspruch auf die Frau delegieren zu können. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ist keine Frauenfrage, sondern eine allgemeine Frage von Produktion und Reproduktion einer Gesellschaft. Die gesicherte Kinderbetreuung, die Formulierungen von Kinderinteressen, ALLE beteiligen sich – ggf. in unterschiedlichen Formen - an der Versorgung der Kinder. Die Möglichkeiten der Vergesellschaftung von qualifizierter, reproduktiver Arbeiten sind zu diskutieren und ggf. umzusetzen. Eine verkürzte Erwerbsarbeitszeit ist ein Signal in die richtige Richtung. Darüber hinaus sind die Diskussion und Kontroversen rund um ein bedingungsloses Grundeinkommen unumgänglich.

Es ist zu prüfen, welche geschlechtsspezifischen Aussagen zu den Folgen der Krisen des FinanzMarktKapitalismus, existiert. Der Sozialstaat wird zerstört, sei es die Rentensysteme, die Gesundheitsversorgung, das Bildungswesen, der Arbeitsmarkt oder die Lage der Erwerbslosen. Die nun privatisierten gesellschaftlichen Aufgaben von Sorge um Krankheit, Alter, Bildung, Erwerbslosigkeit, werden in erster Linie von Frauen aufgefangen. Frauen pflegen in aller Regel die alten Menschen und Kranke, sie versorgen ihre Kinder und müssen die elementaren Spannungen und Verunsicherungen ausgleichen, als Folge von Erwerbslosigkeit. Gleichzeitig werden Frauen marginalisiert, in den Niedriglohn gedrängt, in prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder gleich an den Herd. Dagegen ist für eine feministische Ökonomie zu streiten, für eine Ökonomie der Sorge und Vorsorge unter ökologischen Gesichtspunkten, dies heißt die Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaftssystems.

„Wichtige Dimensionen und Kämpfe gelten der Frage von Selbstverände-

rung, der Wiederentdeckung des eigenen Standpunktes und der Herstellung einer Politik des Wir, also kollektiver Handlungsfähigkeit. Gegen die neoliberale Vereinzelung ist explizit zu streiten. Dass es nicht fertig ist, dass keine Rezepte heraus kommen, kann uns nicht entmutigen, sondern an die Arbeit setzen.“ Frigga Haug, Esslingen, Deutschland.

Um dann Jambulos Utopie zu leben, die da lautet: „Arbeit unter der Bedingung, dass alle arbeiten, die Natur reich ist und Fülle liefert, die Arbeitszeit kurz und für alle gleich ist, die Produkte gemeinsam erarbeitet und verbraucht werden, alle auch frei sind zu geistiger Arbeit und lustvoller Tätigkeit“ Kleines Weiberlexikon

### CubaSi und LISA (linke Frauen)

präsentieren den kubanischen Dokumentarfilm

„Guajira amorosa – pero diferente“

(Liebenswerte Frau vom Lande – aber anders)

über die Situation der Frauen in der kubanischen Landwirtschaft, das traditionelle Rollenverständnis und die Mehrfachbelastung durch Haushalt, Familie und Beruf sowie über Frauen in Führungspositionen.

Regie: Lizette Vila

1. November, ab 19.30 Uhr, Gemeindesaal St. Georg, Stiftstraße 15 (Filmbeginn: 20 Uhr, OmU deutsch)

Nach dem Film: Diskussion mit Adis Dolores Aranó Cintras

(Agraringenieurin und Leiterin der Granja Zenea, die in dem Film mitspielt)

## Berichte aus den Stadtteilgruppen

Altona-Altstadt — von Werner Haertel

Norbert Hackbusch und Günter Pingel haben am 7. September einen Spaziergang entlang der Elbe organisiert und geführt, an dem sich ca. 20 Leute aus unserer Partei sowie zwei Initiativen beteiligt haben; die eine zum Erhalt der Seefahrtsschule - <http://www.annaelbe.net> - sowie die Mieterinitiative Elbtreppe - <http://www.elbtreppe.com>.

Zunächst haben wir einige "Sichtachsen" auf die Elbe aufgesucht - eine hervorragend gemachte Fake-Broschüre dazu findet Ihr hier: [http://www.altona.info/wp-content/uploads/2010/07/sichtaw\\_farb.pdf](http://www.altona.info/wp-content/uploads/2010/07/sichtaw_farb.pdf)

Anschließend haben wir uns einige der so genannten "Perlen" angeschaut, mit denen das Elbufer seit Jahren bebaut wird: » den "Kristall" oder "Diamant": ein Hochhaus mit Glasfassade, das sogar vom Woermann-Haus an der Palmaille aus den Blick auf die Elbe versperrt, » das fast fertige Kreuzfahrt-Terminal, das -

Lurup/Osdorf/Iserbrook incl. Elbvororte—von Dirk Kölsche

Bei der letzten Sitzung wurde der vorläufige Zeitplan für die nächsten 3 Monate besprochen. Es folgen Veranstaltungen im Rahmen von „politischen Frühschoppen“, im November mit Norbert Hackbusch (MdHB) und im Dezember mit Herbert Schui (MdB).

Der Ablauf ist wie folgt geplant:

1. Infostand Osdorfer Born  
Sonnabend, 30.10.2010,

wie schon in der Hafen-City - auch den ElbhangbewohnerInnen Ruß auf dem Frühstücksbrötchen beschert, » das "Salmi"-Bürohaus am ehemaligen Fischereihafen - heute "Docklands" genannt (von dessen Dachterrasse man wenigstens eine schöne Aussicht hat).

Nach einem Blick auf die vom Abriss bedrohte Seefahrtsschule stellte uns Günter das Haus der La-waetz-Stiftung von 1802 vor, deren Gründer damals eine vorbildliche soziale Arbeitspolitik initiierte.

Abschließend empfing uns die Mieter-Ini Elbtreppe, deren Häuser großenteils von der



SAGA abgerissen werden sollen, damit ein weiteres Hochhaus die "Perlenkette" an der

von 10:00 bis 13:00 Uhr

**2. Verteilaktion Flyer in Lurup**  
Sonnabend, 6.11.2010

**Treffpunkt 10:00 Uhr**  
EKZ Elbgaupassagen

3. Frühschoppen mit Norbert Hackbusch (MdHB)  
Sonntag, 7.11.2010 um 11:00 Uhr

**Stadtteilhaus Lurup**

4. Frühschoppen mit Herbert Schui (MdB)

Sonntag, 5.12.2010 um 11:00 Uhr  
**Stadtteilhaus Lurup**

In der Sitzung am 20.10.2010 wird

Elbe bereichern kann...

Zu diesem Thema haben die Stadtteilgruppen Altstadt und Ottensen dann am Dienstag, 21.9.10 eine gut besuchte Informations- und Diskussionsveranstaltung durchgeführt. Zunächst machten wir uns anhand historischer Bilder



und Filme einen Eindruck von den Veränderungen im Gebiet zwischen Fischmarkt und Neumühlen, wie es die beiden Fotos vom Sandberg zeigen. Dann berichteten unsere

Gäste aus den Elbe-Inis, die zum Gegenbesuch gekommen waren, vom erfolgreichen Auftakt ihrer Unterschriftensammlung, die ein Bürgerbegehren zur Erhaltung der Gebäude einleiten soll.

Es gibt also viel zu tun, damit die Baupolitik in Altona und Hamburg wieder die Interessen der Menschen in den Stadtteilen in der Vordergrund stellt; DIE LINKE Altona wird ihren Teil dazu betragen!

Bilder: oben: Sandberg, 1894, links: Sandberg, 1995

noch zu besprechen sein, inwieweit die Veranstaltung im Dezember noch beworben wird—also durch Verteilaktionen oder Infoständen zu tagespolitischen Themen.

Es gibt viel zu tun—bitte meldet Euch bei Interesse bei

Susanne David (5605726) oder Dirk Kölsche (69631633)  
Oder per email:  
[susanne.david@linksfraktion-altona.de](mailto:susanne.david@linksfraktion-altona.de) / [dirk.koelsche@linksfraktion-altona.de](mailto:dirk.koelsche@linksfraktion-altona.de)

## Schwarz-Gelb trickst beim Hartz IV – Regelsatz: Nur fünf Euro mehr im Monat!

von Karsten Strasser

Fünf Euro mehr im Monat – die schwarz-gelbe Bundesregierung verhöhnt 6,8 Millionen Menschen, die in Deutschland auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld angewiesen sind. Die lächerlichen fünf Euro mehr im Monat gleichen nicht einmal den Preisanstieg aus. Hartz IV sinkt real.

Außerdem missachtet die Merkel/Westerwelle-Regierung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV: Im Februar hatten die Verfassungsrichter der Regierung aufgegeben die Höhe der Regelleistung bis zum Jahresende neu zu berechnen. „Zur Ermittlung des Anspruchsumfangs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.“, urteilten die Richter des obersten deutschen Gerichts.

Diese Vorgaben hat die Bundesregierung nicht umgesetzt. Stattdessen betreibt sie ein statistisches Spiel eiskalt an der sozia-

len Wirklichkeit vorbei. Ein wirklich transparentes Berechnungsverfahren hätte vorher offengelegt werden müssen. Der angeblichen Neuberechnung wurden völlig willkürlich die Lebenshaltungskosten der ärmsten 15 % der Bevölkerung zu Grunde gelegt, nicht wie bisher der ärmsten 20 %. Durch die Änderung dieser Bezugsgröße, hat die Regierung die anzunehmenden Einkommen und Ausgaben nach unten manipuliert. Außerdem wurde der Kinderregelsatz anhand sehr geringer Zahlen ermittelt.

Die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bei vielen Menschen entstandene Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit und soziale Teilhabe ist enttäuscht worden. Jetzt gilt es außerparlamentarisch wie parlamentarisch für eine Grundsicherung zu kämpfen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

1,3 Millionen Menschen – sogenannte Aufstocker – verdienen so wenig, dass sie Anspruch auf Hartz IV haben. Mehr als zehn Milliarden Euro aus dem Titel „Arbeitslosengeld II“ fließen so indirekt an Unternehmer, die keinen Mindestlohn zahlen. Dieses Geld könnte gespart werden, wenn endlich ein gesetzlicher Mindestlohn von 10,00 EUR je Arbeitsstunde eingeführt werden würde. Unter dieser Voraussetzung wäre ein Regelsatz von 500,00 EUR finanzierbar. Die Altonaer Linksfraktion wird daher in der Oktober-Sitzung der Bezirks-

versammlung beantragen, dass Hamburg im Bundesrat die Initiative ergreift, den Regelsatz auf monatlich 500,00 EUR festzulegen und einen gesetzlichen Mindestlohn von 10,00 EUR je Arbeitsstunde einzuführen.

*Karsten Strasser ist Rechtsanwalt und Mitglied der Bezirksversammlung Altona. Seit Anfang September ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Arbeitsstab des parlamentarischen Untersuchungsausschuss Elbphilharmonie tätig.*

### Veranstaltung der Uni Hamburg zum Thema „§ 31 SGB II Sanktionen und die Folgen“

Am Donnerstag, den 28.10.2010 richtet die Forschungsstelle für Sozialrecht und Sozialpolitik eine Vortragsveranstaltung zum Thema „§ 31 SGB II Sanktionen und die Folgen“ aus. Referentin ist Prof. Dr. iur. Helga Spindler, Universität Duisburg-Essen.

Inhalte:

- welche Gruppen aus welchen Gründen besonders von Sanktionen getroffen werden
- welche Folgen die Sanktionen für den Alltag der Menschen haben
- welche rechtlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten sie sieht
- welche Chancen ein Sanktionsmoratorium bietet

Veranstaltung in Kooperation mit dem Hamburger Netzwerk SGB II

Ort: Rechtshaus der Uni HH, Rothenbaumchaussee 33, Raum EG 18/19  
Der Eintritt ist frei!

Außerdem hält sich ein Berater/innen-Team bereit, um bei Problemen mit dem Amt zu beraten und zu helfen. Ihr könnt mit uns Fragen zum Umgang mit der Behörde und zur Lösung von Problemen bei der Leistungsgewährung/Arbeitsvermittlung besprechen.

**Zahltag heißt: Wir helfen uns gegenseitig!**

**Schluß mit Sanktionen gegen Erwerbslose!**

## Ärger mit der ARGE - 01.11.2010 Zahltag

Am Zahltag besucht alerta (e.V. in Gründung) gemeinsam mit anderen Gruppen und aktiven Erwerbslosen, die sich nicht mehr alles gefallen lassen wollen,

ab 8:00 Uhr die ARGE (Jobcenter), Alte Königstr. 8-14 in 22767 Hamburg.

Zahltag, was heißt das?

Am Zahltag wollen wir auf die alltägliche Zumutungen für Hartz IV-Bezieher/innen aufmerksam machen und gegen die zunehmenden ARGE-Schikanen protestieren. Zahltag ist der erste Werktag im Monat. Zahltag ist eine bundesweite Aktionsform unabhängiger Erwerbslosengruppen. Zum Monatsanfang kommt es regelmäßig zu Verzögerungen bei der Auszahlung der Leistung. Viele Betroffene kommen dann zur ARGE, um die Über-

weisung des Arbeitslosengeldes oder einen Vorschuss zu fordern. Schließlich müssen auch die Überweisungen der Miete und andere Zahlungen von Erwerbslosen pünktlich zum Monatsanfang erfolgen.



Am Zahltag stehen wir dann für Begleitungen ins Amt zur Verfügung. Begleitungen, so genannt Beistände, verbessern den menschlichen Umgang häufig erheblich und fördern lösungsorientierte Wege bei Ause-

inandersetzungen mit ARGE-Mitarbeiter / innen. Oft ist mit Begleitung manches, was vorher für ausgeschlossen erklärt wurde, plötzlich möglich oder gar selbstverständlich, z.B. Soforthilfe oder die Ausgabe oder Entgegennahme von Antragsunterlagen.

## ARGE HAMBURG Überlebenshandbuch

### Informationen

Es ist nicht ganz einfach, trotz ARGE zu überleben. Aber es geht! Man muss sich nur ein wenig informieren.

Im Internet gibt es viele Informationen. Hier nur 4 Adressen, dort gibt es auch Listen von Beratungsstellen:

- [www.die-keas.org](http://www.die-keas.org)
- [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)
- [www.erwerbslosenforum.de](http://www.erwerbslosenforum.de)
- [www.alerta.at](http://www.alerta.at)

Bücher:

- Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z., 10 €, ISBN 3932246780
- Leitfaden zum Arbeitslosengeld II, 14 €, ISBN 3936065365

Zeitschriften:

- Arbeitslosenzzeitung quer, Postfach 13 63, 26003 Oldenburg. [www.alsozentrum.de/allgemein/quer.htm](http://www.alsozentrum.de/allgemein/quer.htm)
- Kölner Erwerbslosen-Anzeiger. Wird bei Aktionen der KEAs in den Kölner ARGEn verteilt und ist unter [www.die-keas.org](http://www.die-keas.org) kea online zu lesen.

Widerspruch zurück zu ziehen (S. 6). Die Liste der Überraschungen ist groß...

Jeder kann jederzeit zu jedem Termin (auch bei ärztlichen Untersuchungen) einen Beistand mitnehmen. Beistände dürfen nicht zurückgewiesen werden.

Beistände sind in erster Linie Zeugen, aber auch Berater. Meistens werden die PAPs ganz friedlich, wenn ein Zeuge dabei ist.

### Quittung nicht vergessen!

Es kommen täglich Unterlagen bei der ARGE weg. Es verschwinden teilweise ganze Akten. Anträge liegen angeblich nicht vor, Mietbescheinigungen wurden angeblich nie eingereicht, und von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen fehlt jede Spur. Dies alles kann einen viel Geld kosten!

Jeder Sachbearbeiter, dem man Unterlagen übergibt, ist dazu verpflichtet, den Eingang zu bestätigen. Dies gilt auch für die Eingangszonen und die Poststellen.

Es ist ganz einfach: Man bringt das einzureichende Original (z.B. einen Weiterbewilligungsantrag) und eine Fotokopie davon mit. Auf der Kopie wird von der ARGE der Eingang be-

## Lebensmittel-Gutscheine

Lebensmittelgutscheine können in Ausnahmefällen ausgegeben werden: Bei Drogen- oder Alkoholabhängigkeit sowie unwirtschaftlichem Verhalten (§ 23 (2) SGB II) und Sanktionen über 30% (§ 31 (3) SGB II).

Wenn ein Antrag nicht schnell genug bearbeitet wurde oder aus anderen Gründen (mal wieder Computerprobleme oder Überarbeitung) das ALG nicht (rechtzeitig) gezahlt wird, dürfen keine Gutscheine ausgegeben werden. Die ARGE muss in diesen Fällen Bargeld herausrücken. Man kann auf Bargeld bestehen und notfalls über Teamleiter, Standortleiter, Beschwerdestelle bis zum Leiter der ARGE gehen. Lebensmittelgutscheine sollen öffentlich demütigen, entmündigen und Euch abschrecken. Wehrt Euch!

## Rechtsmittel

Gegen jeden Verwaltungsakt (VA) kann Widerspruch (W.) eingelegt werden. Dies muss innerhalb eines Monats nach Zustellung des VA (z.B. Bescheid) geschehen. Der W. muss innerhalb von 3 Monaten bearbeitet werden. Wenn nicht, kann man wegen Untätigkeit klagen. Man kann

stätigt. So hat man den Beweis, dass genau dieses Dokument eingereicht wurde und nicht etwa ein freundlicher Weihnachtsgruß.

## Eingliederungsvereinbarung

Sie dient nicht dazu, die Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern, sondern, den ARGEGeschädigten in die Sanktionsfalle zu locken. Es wird eine Anzahl von Bewerbungen verlangt, die man gar nicht finanzieren kann. Schafft man nicht alle: Sanktion. Man soll einen unsinnigen und meist illegalen Ein-Euro-Job machen. Geht dabei irgendetwas schief: Sanktion. Der Boss der ARGE Köln bestätigte den KEAs, dass immer "auf Augenhöhe" verhandelt werden soll. Dass keiner etwas unterschreiben soll, was er nicht vertreten kann. Dass "zwei Wochen Bedenkzeit" immer drin seien. Leider hat er vergessen, das alles seinen Leuten mitzuteilen. Also: Immer Bedenkzeit verlangen und fachkundigen Rat einholen!!! Das Neueste: Wenn man sich weigert zu unterschreiben, gibt es als Ersatz einen Verwaltungsakt. Rechts-

zeitgleich mit dem W. auch eine Eilklage einreichen. Dies ist sinnvoll, wenn das ALG ganz oder zu mindestens 30% gestrichen wurde oder ein 1-€-Job angetreten werden soll oder sonst etwas, was eilig entschieden werden muss. Man kann bei Gericht auch die aufschiebende Wirkung eines W. herstellen lassen (wichtig bei VA als Ersatz für eine Eingliederungsvereinbarung). Zahlt die ARGE trotz Anspruchs nicht (Bescheid liegt vor, es gibt keine Sanktionen, aber das Geld kommt nicht), kann man Leistungsklage einreichen. Das geht auch im Eilverfahren. Das Gericht: Sozialgericht Hamburg, Kapstadtring 1, 22297 Hamburg. Man kann die Klage dort auch mündlich einreichen.

## Niemals alleine zur ARGE gehen!

Man weiß nie, was einen erwartet. Eine Einladung um "Ihr Bewerberangebot" zu besprechen, endet häufig in einer unter Zwang abgeschlossenen Eingliederungsvereinbarung (siehe Seite 4). Es kann auch damit enden, dass man "freiwillig" eine Erklärung unterschreibt, in der man sich einverstanden erklärt, einen Teil der Miete selbst zu zahlen (S. 5). Hin und wieder wird man bei einem solchen Termin "überredet", einen berechtigten

mittel einlegen!

## Miete und Heizung

Die ARGE muss die Kosten der Unterkunft tragen. Dazu gehören die Grundmiete, die Nebenkosten und die Heizkosten.

Diese Kosten müssen erst einmal in voller Höhe übernommen

werden. Ist die Miete zu hoch, kann die ARGE verlangen, dass man sich eine neue Wohnung sucht. Sind die Heizkosten hoch, verlangt die ARGE oft, dass man wirtschaftlicher heizt. Erhält man eine solche Aufforderung: Sofort in eine Beratungsstelle gehen! Dort kann oft noch einiges erreicht werden. Wenn man sich aber nicht darum kümmert, können die Folgen gravierend sein. Die ARGE zahlt oft einen Teil der Miete mit der Begründung nicht, die Miete sei zu hoch. Das ist grundsätzlich nicht zulässig. Beraten lassen und Rechtsmittel einlegen! Wer umziehen will, muss sich dies vorher genehmigen lassen. Bei Ablehnung: Beraten lassen.

(eine türkische Version liegt der Redaktion vor, bitte bei Interesse melden)

ARGE HAMBURG Überlebenshandbuch  
2. Auflage  
Unveränderter Nachdruck erlaubt.  
Beratung im  
Magda-Thürey-Zentrum, Lindenallee  
72, 20259 Hamburg dienstags: 16 – 18  
Uhr  
Mobil : 015118921951  
E-Mail: [alerta@alerta.at](mailto:alerta@alerta.at)  
Das Überlebenshandbuch ist übersetzt  
in: englisch, französisch, polnisch,  
russisch, spanisch, türkisch

## Widerstand gegen Kürzungspläne

### Von Volker Vödisch

Der Hamburger Senat hat ein Konsolidierungsprogramm für die Jahre 2011 bis 2014 beschlossen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um ein gigantisches Kürzungsprogramm. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird es hart treffen. Denn die Rahmenezuweisungen, also das den Einrichtungen vom Bundesland zur Verfügung gestellte Geld, werden um zwei Millionen Euro gekürzt. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses Altona am 27. September teilte die Jugendamtsleiterin des Bezirks den Ausschussmitgliedern mit, es würden in Hamburg im Doppelhaushalt für die Jahre 2011/12 bei den kommunalen Einrichtungen je 500.000 Euro und in den beiden Nachfolgejahren nochmals jeweils 500.000 Euro bei den Einrichtungen der freien Träger gespart.

Ein Tod auf Raten für die offene Kinder- und Jugendarbeit, deren 273 Einrichtungen und Projekte nicht einmal 35 Millionen Euro jährlich für den Betrieb zuerkannt werden! Dieser Bereich der Jugendhilfe wird schon lange nicht mehr mit genügend finanziellen Mitteln versehen und verfügt aufgrund jahrelanger Kürzungen über keinerlei Sparvolumen. In der Pressemitteilung des Senats vom 22. September hieß es noch, man werde die Ansätze für die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) der freien Träger in den Hamburger Stadtteilen nicht kürzen, wohlweislich nicht erwähnend, dass davon die kommunalen Einrichtungen ausgenommen sind.

Auf Initiative des Verbands Kinder- und Jugendarbeit Hamburg versammelten sich zahlreiche Beschäftigte in der OKJA, um gemeinsam über die drohenden Kürzungen zu beraten. Man entschloss sich zu einem lang anhaltenden Widerstand und für einen politischen Kampf gemeinsam mit allen Betroffenen, neben den PädagogInnen zählen auch Kinder, Jugendliche, Eltern und AnwohnerInnen dazu, für den Ausbau von Jugendeinrichtungen und für eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Einrichtungen. Damit entstand das *Bündnis für Kinder, Jugendliche und Familien*.

Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wie Spielhäuser, Jugendclubs, Kinder- und Jugendzentren, Abenteuer- und Bauspielplätze und Gemeinwesenzentren halten vielfältige und fördernde Angebote für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern vor. Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Jugendhilfe und der kindlichen Lebenswelt. Sie zeichnet sich als informeller Bildungsort aus, an dem Kinder in betreuter Form, eigenständig und in der Peer-Group ihre Persönlichkeit und ihre Kompetenzen entwickeln.

Der Zugang zu diesen Einrichtungen ist niedrigschwellig und erfolgt freiwillig und selbstbestimmt. Rund 100.000 Kinder und Jugendliche werden landesweit in diesen Einrichtungen betreut. Dort können sie spielen, sich treffen, sich Rat und Unterstützung holen. Diese Einrichtungen erfüllen in der Regel einen sucht- und gewaltpräventiven Auftrag, arbeiten gemeinsam in regionalen und in auf die Stadtteile bezogenen Netzwerken. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für Familien, um ihnen im Vorfeld einer Krise oder in der Not zu helfen und ihr Selbsthilfepotenzial zu stärken.

Doch die ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) arbeiten am Rand ihrer Möglichkeiten, ohne dass die Politik diesen Umstand zur Kenntnis nehmen will. Viele Projekte sind nur mit einer halben oder lediglich mit einer Personalstelle versehen. Einige verfügen nicht einmal über Personalmittel, erhalten bestenfalls Honorargelder. Sie könnten den Betrieb ohne engagierte, ehrenamtlich wirkende Menschen nicht aufrecht erhalten, auch wenn diese selten die Qualifikation eines erzieherischen Berufes mit in die Arbeit bringen. Die Standardbesetzung besteht in der Regel aus zwei Fachkräften. Eine Einrichtung mit drei oder vier Personalvollzeitstellen gilt schon als ausgesprochen gut besetzt und ist selten vorzufinden. Diese PädagogInnen betreuen je nach Einrichtung 30 bis 100 Kinder und Jugendliche pro Tag!

Seit Jahren wird in diesem Bereich gekürzt, bei Personal- und Honorarkosten, bei Sach- und Investitionsmitteln. Bei der Mittelvergabe wird nicht danach entschieden, wo welches Angebot besonders benötigt wird, sondern es wird sich hauptsächlich nach dem Jugendeinwohnerwert gerichtet. Soziale Bemessungskriterien wie die Häufigkeit von Arbeitslosigkeit und Armut werden zu selten angelegt. Im Bezirk Hamburg-Mitte wachsen beispielsweise im Vergleich mit allen anderen Bezirken die meisten Kinder in Armutsverhältnissen auf. Doch diesem Bezirk wird schon seit mehreren Jahren eine Mittelabgabe aufgezwungen, weil dort im Verhältnis zum Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung mehr Einrichtungen und Personalstellen als anderswo existierten. Also wurden Personalstellen bewirtschaftet, gestrichen oder ganze Einrichtungen geschlossen. Die sozialen Probleme verringerten sich nicht, sondern wuchsen im erheblichen Maße. Niemals gelangte innerhalb der letzten vier Legislaturperioden irgendein Senat zur Schlussfolgerung, die Zahl der Einrichtungen würde insgesamt nicht ausreichen und man müsse deshalb mehr von ihnen schaffen.

Parallel dazu wuchsen die Arbeitsanforderungen und der Aufgabenumfang an die PädagogInnen in den Einrichtungen. Die Verwaltungsarbeit nahm im unverträglichen Maße zu und neue Programme wie die sozialräumliche Angebotsentwicklung (SAE), die Kooperation mit den Schulen zur Aufrechterhaltung des Ganztagsbetriebs sowie eine Reihe von gewalt- und suchtpräventiven Projekten, die oftmals im regionalen Verbund organisiert und angeboten werden, müssen zusätzlich bewältigt werden, ohne das Personal in den Einrichtungen aufstocken zu können. Das passt nicht und konterkariert den Anspruch, eine qualitätsvolle, erzieherische Arbeit zu leisten. Stattdessen werden der Senat und die Fachbehörde die Mittel herunterfahren und bei vielen Einrichtungen weitere Kürzungen vornehmen, die in einigen Fällen zur Einstellung des Betriebs führen werden.

Kommunale Einrichtungen sollen insgesamt aufgelöst oder in eine freie Trägerschaft gegeben werden, was oft genug mit einer weit schlechteren Bezahlung insbesondere für BerufsanfängerInnen und für Wechselwillige verbunden ist. Auch so spart die Stadt Kosten. Die Stadt verringert die Ausgaben für Perso-

nalmittel und die Träger geben es ungefiltert weiter.

Auch in Altona wurden gegen den Widerstand von *DIE LINKE* im Vorwege Kürzungen vorgenommen. Die kommunale Trägerschaft für die Erziehungsberatungsstelle West wird abgegeben, die Arbeit in freie Trägerschaft übergeben und Stellen entsprechend umgeschichtet. Die Mädcheneinrichtung „Wilde Göre“ wird aufgelöst, eine halbe Stelle an den Jugendclub Struenseestraße angedockt für die Mädchenarbeit dort, eine weitere halbe Stelle lediglich als Honorarstelle der „Mädchenoase“ zugeschlagen und die restlichen Personalmittel werden weggekürzt. Damit hat in Altona-Altstadt die Mädchenarbeit im geschützten Rahmen ihr Ende gefunden! Eine weitere Einrichtung, nämlich der Abenteuerspielplatz Hexenberg im selben Stadtteil, soll ganz wegfallen. Und zumindest das kommunale Haus der Jugend im Osdorfer Born steht ebenfalls vor unerwünschten Veränderungen. Das ist erst der Anfang und auch nur im Bezirk Altona.

Auf der Strecke werden die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien bleiben und die Qualität der Sozialarbeit in den mit Kürzungen bedrohten Einrichtungen. Nichts kann deutlicher die geringe Wertschätzung des Senats von der Arbeit in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausdrücken als dieses Konsolidierungsprogramm und die Setzung der politischen Prioritäten seitens des Senats. Wer zulasten der meisten Menschen in Hamburg mit dem Bau der Elbphilharmonie ein Fass ohne Boden finanzieren will, wer einen unbestritten sinnvollen Bau der Stadtbahn nicht auf später verschieben kann und wer Konzerne und Reiche nicht dazu bringt, mehr Steuern zu bezahlen, verursacht eine starke soziale Schiefelage.

*DIE LINKE* thematisierte zuletzt mehrmals die Kürzungen in der Bezirksversammlung und wird im Jugendausschuss einen Antrag gegen die Kürzungen vorhaben des Senats einbringen. Es darf mit Spannung das Abstimmungsverhalten der anderen Parteien und der weiteren Mitglieder erwartet werden. Das *Bündnis für Kinder, Jugendliche und Familien* mobilisierte innerhalb kürzester Zeit und sehr erfolgreich für die Menschenkette, die am 30. September von der Elbphilharmonie bis zur Finanzbehörde reichte. Viele hundert TeilnehmerInnen, Groß wie Klein, kamen aus der OKJA. Weit mehr als 10.000 Menschen reihten sich in den von Gewerkschaften unter dem Motto „Gerecht geht anders“ organisierten Protest mit anschließender Demonstration zum Kundgebungsort auf dem Gänsemarkt. Die Organisatoren wie die DemonstrantInnen waren von der großen Zahl der TeilnehmerInnen überrascht. Mit 2.500 Menschen hatte man gerechnet. Mehr als vier- bis fünfmal so viel kamen. Das verdeutlicht, wie sehr der die geplante Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, der Wegfall des Weihnachtsgeldes und die Kürzungen in allen sozialen und kulturellen Bereichen sowie in den Fachbehörden den Menschen unter den Nägeln brennt.

## Aus dem Bezirksvorstand

von Dirk Kölsche

Am 20. September tagte der Bezirksvorstand. Zunächst schauten sich die Mitglieder einen Kurzfilm zum Social Media Award an (Anja Szibalski stellte ihn vor): „Eene meene Muh und raus bist Du“ zum Thema Armut durch Arbeitsverlust. Das Feedback der Jury fiel zu unserem Unverständnis ungewöhnlich schlecht aus, aber das liegt vermutlich daran, daß man von vornherein gewisse Beiträge sehen wollte und andere nicht. Der Film steht demnächst bei Youtube. Danach ging es üblicherweise mit Finanzanträgen weiter. Im Anschluss wurde Johann

Pauw—Vorsitzender des Quartiersbeirates Iserbrook—für die LINKE als zugewählter Bürger im Verkehrsausschuss nominiert, da Robert Krause ausgeschieden ist. Günter Pingel möchte aus dem Grünausschuss ausscheiden, auf der MV wurde darüber abgestimmt. Heike Schoon ist als Nachfolgerin nominiert worden.

Hernach ging es um die Termine, die anstehen (siehe Terminhinweise in dieser Ausgabe). In eine der nächsten MVen wird es um das Thema „Rechtspopulismus“ gehen.

Der nächste Vorstand tagt am 18.10.2010 wieder um 19:30 Uhr im Parteibüro, Am Felde 2 in Hamburg-Altona.

## 4. November: Großveranstaltung - Gerechtere geht anders!

Begin: 04.11.2010 17:30  
Ende: 04.11.2010 20:00

Alsterdorfer Sporthalle, Krochmannstraße 55 (kostenlose Platzkarten bei den Gewerkschaften)

**GROSSVERANSTALTUNG**  
ALSTERDORFER SPORTHALLE  
mit Frank Bsirske und Heinz-Rudolf Kunze



## Gedanken anlässlich der Rechtsextremismus-Studie

Von Volker Vödtsch

2.411 Deutsche im Alter von 14 bis 90 Jahren befragte die Friedrich-Ebert-Stiftung für seine Rechtsextremismus-Studie. Das Ergebnis ist so desillusionierend wie erschütternd. Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Einstellungen haben im Vergleich zu den letzten Untersuchungen signifikant zugenommen.

17,2 Prozent der Befragten halten heute den Einfluss der Juden als zu groß und 14,8 Prozent sind davon überzeugt, die Juden würden mehr als andere Menschen mit üblen Tricks arbeiten. 13,3 Prozent glauben an die natürliche Überlegenheit der Deutschen über andere Völker und 10,8 Prozent der Befragten unterscheiden in wertvolles und unwertes Leben! Die BRD sei durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet, so 35,6 Prozent. 58,4 % wollen eine Einschränkung der Religionsausübung für Muslime. 23,6 Prozent wünschen eine einzige, starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert.

Die Wiederauferstehung der

NSDAP aus der Gruft unserer faschistischen Geschichte? Der Reigen solcher Aussagen ließe sich fortsetzen. Und sie werfen alle die Frage auf, warum es nicht gelingt, rechtsextreme, antisemitische und rassistische Einstellungen wirksam und nachhaltig niederzukämpfen. Eine Frage, der sich auch unsere Partei in Hamburg stellen muss. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil ein Teil unserer Wählerschaft, insbesondere der aus bildungsfernen Schichten, solche Einstellungen hegt. Jeder und jedem von uns sind Diskussionen an Wahlständen vertraut, an denen Menschen solche Überzeugungen kundtun und im nächsten Satz ankündigen, diesmal unsere Partei wählen zu wollen.

Natürlich und unbestritten ruft unsere Partei zu antifaschistischen Aktionen auf und eine Reihe von GenossInnen beteiligt sich auch daran. Natürlich arbeiten einige unserer GenossInnen in antifaschistischen Arbeitskreisen mit. Und natürlich gibt es auch im Rahmen der politischen Bildung Veranstaltungen zu diesem The-

ma. Trotzdem können wir uns nicht der Erkenntnis verschließen, dass bei uns die antifaschistische Politik eine oft untergeordnete Rolle einnimmt, in programmatischer wie in praktischer Hinsicht.

Damit sei nicht ausgedrückt, wir würden das Thema nicht als wichtig empfinden! Wir tun nur zu wenig. Es ist nicht genügend in unserer Alltagspolitik, in unseren Strukturen und in unseren Köpfen verankert, verdrängt durch andere Erfordernisse in der parlamentarischen wie in der außerparlamentarischen und innerparteilichen Arbeit. Uns fehlt ein überzeugendes Konzept, wie wir mit Menschen umgehen, die resigniert haben, die einfachen, rechtsextremen Lösungen zuneigen und die schon längst nicht mehr demokratisch teilhaben. Wir brauchen Antworten auf drängende gesellschaftspolitische Fragen, die helfen, rassistische, antisemitische und faschistische Einstellungen zu reduzieren.

## Termine im Bezirk

### KITAKONFERENZ

Volker Vödtsch für den AK Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg

„Bildung von Anfang an – für alle!“ ist das Motto für die Kitakonferenz unserer Partei zum Bildungsbegriff und zum Kita-Gutscheinsystem am Wochenende, den 23.10. und den 24.10.2010, ab 10:00 Uhr in der Louise-Schule in der Thedestraße 100 in Hamburg-Altona.

Der Arbeitskreis Kinder-

und Jugendarbeit in Hamburg in der Partei DIE LINKE und die Bürger-schaftsfraktion, vor allem Mehmet Yildiz, haben die Konferenz organisiert. Es



**Klugscheißer früh fördern.**  
**Kitakonferenz**  
**am 23. und 24. Oktober**  
**in Hamburg-Altona**

sind Fachreferate, Arbeitsgruppen und eine Podiumsdiskussion zu unterschiedlichen Themen in diesem Bereich geplant.

Wir laden Euch herzlich zur Teilnahme an dieser Konferenz ein. Anmeldungen bitte an Ronald Prieß (040 – 42831 2389), Volker Honold (040 – 42831 2371) und an DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, Fax: 040 – 42831 2448) richten.

Bahnhofsgelände Altona: Hamburg21? - Autorenlesung und Diskussion

Gerd Riehm liest aus seinem Buch: „Wie kann man hier bloß wohnen?“, Alltag in Altona-Nord: Jugendjahre im „Wirtschaftswunder“

Norbert Hackbusch, Altonas Abgeordneter in der Hamburgische Bürgerschaft

Karsten Strasser, Mitglied der Bezirksversammlung Altona

Frühschoppen - Am Sonntag, den 31.10.2010 um 11:00 Uhr Cafeteria der Theodor-Haubach-Schule, Haubachstraße 55.

Energienetze zurück in öffentliche Hand!

Am 21.10.2010 um 19:30 Uhr im Rathaus Altona, Kollegiensaal

Referent: Dr. Werner Rügemer (Publizist)

weitere Podiumsteilnehmer:

Volker Gajewski von der Initiative „Moorburgtrasse stoppen“  
 Dirk Seiffert (ROBIN WOOD), Vertreter der Volksinitiative „Unser Hamburg, unser Netz“

Moderation: Heike Sudmann (DIE LINKE), Stadtplanerin

In den letzten Jahrzehnten sind die öffentlichen Netze für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme privatisiert worden. Seither steigen die Energieprei-

se, werden die Netze schlechter gewartet und kommunale Einflussnahme ist nur noch begrenzt möglich. Die Gründung der Stadtwerke Hamburg Energie stellt solange keine Lösung dar, solange diese nur Energie verkauft, aber nicht selbst produziert oder über eigene Netze verteilt. Die Energienetze müssen zurück in öffentliche Hand, damit ein Ausstieg aus der Atomenergie und ein Einstieg in regenerative Energieerzeugung möglich werden.

Dezentral gespeiste und intelligent organisierte Netze funktionieren nur durch demokratische Kontrolle. Wie, wann, von wem und mit welchen Mitteln diese Veränderungen möglich werden wollen wir gemeinsam mit den eingeladenen und Ihnen an diesem Abend diskutieren!

**Fraktion vor Ort:**  
 Diskussionsveranstaltung  
**ENERGIENETZE zurück in öffentliche Hand!**  
 Referent  
**Dr. Werner Rügemer** Publizist  
**Do., 21.10. 19:30**  
 Rathaus Altona, Kollegiensaal  
 www.linksfraktion-altona.de  
**DIE LINKE.**  
 Bezirksfraktion Altona

So erreichen Sie uns:

Web: [www.die-linke-altona.de](http://www.die-linke-altona.de)

Mail: [info@die-linke-altona.de](mailto:info@die-linke-altona.de)

Telefon: 040 - 41 35 85 20 (AB)

Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona

Am Felde 2, 22765 Hamburg

Redaktion:

Susanne David, Hasan Burgucu, Volker Vödich,  
Dirk Kölsche

Layout: Dirk Kölsche

Texte von:

Bernhard Müller, Robert Jarowoy, Hildegard  
Heinemann, Werner Haertel, Karsten Strasser,  
Dirk Kölsche, Volker Vödich  
V.i.s.d.P.: Die Linke. Altona, Am Felde 2, 22765  
Hamburg

Das nächste Info erscheint Anfang Dezember,  
Artikelabgabe / Redaktionsschluss 26.11.2010!



#### Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbands Altona findet jeden ersten Montag im Monat statt. Interessierte sind immer herzlich willkommen!

Nächster Termin am Montag, den 1.11.2010 um  
19:30 Uhr - weitere: 6.12.2010/3.01.2011

Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen

#### Bezirksvorstandssitzung

Die Vorstandssitzung des Bezirksverbands Altona findet jeden dritten Montag im Monat statt. Vorstandssitzungen sind parteiöffentlich!

Nächster Termin am Montag, den 15.11.2010  
um 19:30 Uhr – weitere: 20.12.2010/17.01.2011

Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen

#### Bezirksversammlung Altona

Die Bezirksversammlung Altona tagt jeden vierten Donnerstag im Monat.

Bitte unterstützt unsere Fraktion zahlreich von der Zuschauertribüne aus!

Nächster Termin am Donnerstag, den  
28.10.2010 um 18:00 Uhr – weitere: 25.11.2010/  
23.12.2010

Ort: Rathaus Altona, Kollegiensaal – die Zuschauertribüne befindet sich 1 Stockwerk höher, die Tagesordnung liegt aus.

## Regelmäßige Termine

### Stadtteilgruppen:

Die Stadtteilgruppen treffen sich einmal im Monat - Interessierte sind immer herzlich willkommen! Kommt einfach zu den Treffen oder nehmt Kontakt zu den Ansprechpartnern auf.

#### *Stadtteilgruppe Altona-Altstadt*

[Werner Haertel](#)

Fon: 040-200 54 67

Nächstes Treffen am Montag, den 25.10.2010 um 19  
Uhr – weitere: 22.11.2010

Ort bitte erfragen

#### *Stadtteilgruppe Altona-Nord*

[Marcel Bois](#)

Mobil: 0174-2344114

Nächstes Treffen am Dienstag, den 26.10.2010 um  
19:30 Uhr – weitere: 23.11.2010

Ort: Gaststätte "Feuervogel", Holstenstraße 119, Altona-Nord

#### *Stadtteilgruppe Bahrenfeld (mit Groß-Flottbek und Othmarschen)*

[Horst Schneider](#)

Fon: 040- 38631324, Mobil: 0177- 4571726

[Karsten Strasser](#)

Fon: 040-390 85 55

Nächstes Treffen am Mittwoch, den 3.11.2010 um 19  
Uhr – weitere: 1.12.2010/5.01.2011

Ort: Jugend- und Freizeitzentrum Bahrenfeld, Bahrenfelder Chaussee 39

#### *Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook (und den Elbvorderorten)*

[Susanne David](#)

Fon: 040-560 57 26

[Dirk Kölsche](#)

Fon: 040-69 63 16 33

Nächstes Treffen am Mittwoch, den 17.11.2010 um  
19:30 Uhr – weitere: 15.12.2010 (weihnachtliches  
Beisammensein)/19.01.2011

Ort: Stadtteilhaus Lurup, Lesecafe, Böverstland 38

#### *Stadtteilgruppe Ottensen*

[Beate Reiß](#)

Fon: 040-39 63 86

Nächstes Treffen am Montag, den 8.11.2010 um 19:30  
Uhr – weitere: 13.12.2010/10.01.2011

Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen